

Villiger Kaspar, Bundesrat: Ich habe schon sehr viel zur Situation der Unternehmensbesteuerung gesagt. Ich beschränke mich jetzt auf das Element, das uns bewogen hat, Ihnen vorzuschlagen, die Motion als Postulat zu überweisen. Wir könnten durchaus damit leben, wenn die Ziffern 1 und 2 als Motion überwiesen würden.

Ich habe Ihnen vorhin schon gesagt, dass wir dort eine Verbesserungsmöglichkeit haben, wo es wegen der Doppelbesteuerung um die Beteiligung an einem Unternehmen geht. Man muss aber eben folgendes Negatives sehen: Diese Doppelbelastung führt dazu, dass der optimale Einsatz von Risikokapital gehemmt wird. Aber es ist eben so, dass nicht nur die Steuern – jetzt komme ich zu diesem schwierigen Punkt – verzerrend wirken können. Es gibt zum Beispiel auch kantonale Kapitalsteuern und die Doppelbelastung, die verzerrend wirken. Aber auch das Thesaurieren von ausschüttungsfähigen Gewinnen ist ökonomisch gesehen eine gewisse Verzerrung. Wenn man immer thesauriert statt reinvestiert, dann folgen die Ärgernisse, die heute Herr David noch erwähnt hat. Dann muss man diese Tricks finden: indirekte Teilliquidation, Quasi-Wertschriftenhandel, Transponierungstheorie, Erbenholdings und all diese Geschichten.

Die Beseitigung oder Milderung der Doppelbelastung durch die Angleichung der Belastung zwischen Dividenden und der Veräusserung von Beteiligungsrechten – indirekt realisierte Zunahme des Eigenkapitals –, diese Gleichbehandlung also ist eigentlich das Richtige. Sie wäre eigentlich steuersystematisch und -theoretisch das Richtige. Das sagen auch alle Fachleute. Aber das ist nun genau das, wo man mit dem letzten Satz verunmöglichen will, dass es überhaupt angeschaut wird – mit den klaren Stichworten «neue Steuer», «furchtbar», «darf man ja nicht tun».

Da muss ich Ihnen einfach sagen, dass uns das aus jeder Optik eigentlich als falsch erscheint. Was wir Ihnen vorschlagen würden, ist ein so genanntes Teilbesteuerungsverfahren. Das bedeutet, dass zum Beispiel nur 60 Prozent der Einkünfte bei einer Dividende steuerbar sind. Verbesserungsfähig sind natürlich bei den Kantonen auch noch die progressiven Tarife. Wir hoffen, dass die Kantone dort und bei den Vermögenssteuern vielleicht mit der Zeit auch eine gewisse Bewegung machen. Hier gibt es Reformbedarf.

Wir haben untersuchen lassen, ob man nicht eine rechtsformneutrale Besteuerung generell einführen könnte. Das wäre eigentlich das Ideale, unabhängig davon, ob es eine Personengesellschaft oder eine juristische Person ist.

Wir sind zum Schluss gekommen, dies wäre eine derart revolutionäre Änderung, dass sie auch eine Reform aller Doppelbesteuerungsabkommen zur Folge haben müsste und dies wahrscheinlich nicht machbar wäre. Deshalb haben wir uns zu einem kleinen Paket entschlossen, bei dem man etwas für die Kapitalgesellschaften und etwas für die Personengesellschaften macht. Was man dort machen könnte, habe ich schon beim ersten Votum gesagt.

Noch einmal zum Reizwort Beteiligungsgewinnsteuer: Eine solche Steuer ist natürlich fachlich eigentlich geboten, weil eine Bevorzugung nur der Thesaurierung auch ökonomisch falsch ist und zu allen diesen Verzerrungen führt. Jetzt höre ich: Das ist doch für den Unternehmer die Altersvorsorge, das braucht er, deswegen arbeitet er. Ich muss Ihnen sagen: Wenn dafür bei der Dividende eine signifikante Entlastung stattfindet, kann man natürlich dort Einsparungen machen, die man, wenn man will, wieder in die Altersvorsorge investieren kann. Man arbeitet ja nicht, um aufzuhören; es ist ja ökonomisch widersinnig, dass einer sagt: Ich arbeite nur für das Aufhören. Er will ja aus dem investierten Geld eine möglichst gute Rendite herauswirtschaften. Das ist das, was man sucht, und das können wir damit ermöglichen.

Wenn wir diese Doppelbelastung ausmerzen – und dann erst noch für alle, nicht nur für die Unternehmer, die auch unternehmerisch handeln können –, dann muss ich Ihnen sagen: Die Ausfälle werden derart horrend sein, dass wir das nicht werden tun können. Die erste Frage ist hier natürlich – ich habe bereits das CVP-Modell erwähnt –: Würden dann auch bisherige, früher gebildete stille Reserven besteuert?

Dazu muss ich klar sagen: Nein; alles, was vorher gebildet worden wäre, müsste selbstverständlich pauschal ausgenommen werden, weil man vorher die Vergünstigung der Dividende nicht hatte. Man könnte sich auch vorstellen, die Veräusserungsgewinne auf den Teil zu beschränken, der lediglich auf die Zunahme des Eigenkapitals entfallen würde, unter Ausschluss der Wertzunahme bei den stillen Reserven. Das wäre wahrscheinlich ein Mittelweg, der akzeptabel sein müsste. Wenn wir diesen Teil weglassen, dann ist das Ausmerzen der erwähnten Ärgernisse – Transponierung usw. – schlicht nicht möglich. Es ist steuertheoretisch nicht möglich, weil das ja jene Krücken sind, die man eben braucht, um den Fehler bei offensichtlichen Tatbeständen auszumerzen, dort, wo dieser steuerfreie Kapitalgewinn nicht angemessen ist.

Das haben wir alles noch in einem volkswirtschaftlichen Gutachten angeschaut. Natürlich: Die grössten Wachstumsimpulse kämen, wenn Sie alle Steuern abschaffen würden. Langfristig bin ich mir diesbezüglich aber nicht so sicher, wenn Sie dann kein sicheres Land mehr haben, wenn das Land politisch und sozial destabilisiert ist und keine Infrastruktur mehr hat usw. Aber kurzfristig wäre das der grösste Impuls. Aber hier müssen wir einen Mittelweg suchen.

Ich will jetzt nicht länger werden, ich habe den Widerstand der Wirtschaft geschildert. Das ist wieder so ein Problem, bei dem man sich überhaupt weigert, es zur Kenntnis zu nehmen.

Es gibt ja noch Vernehmlassungen usw., und am Schluss werden Sie entscheiden. Aber wir möchten nicht, dass Sie uns in der verbindlichen Motionsform ein Denkverbot für steuersystematisch richtige Lösungen auferlegen. Das ist der Grund, weshalb wir das Postulat möchten. Mit dem «Hauptschübel», mit der Hauptsubstanz der Motion, könnten wir an sich leben.

In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag der Minderheit zu folgen und den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

Präsident (Frick Bruno, zweiter Vizepräsident): Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Herr Béguelin schliesst sich dem Bundesrat an.

Abstimmung – Vote

Für Überweisung als Motion 26 Stimmen

Für Überweisung als Postulat 5 Stimmen

02.3549

Postulat Lauri Hans. Individualbesteuerung. Bericht

Postulat Lauri Hans. Imposition individuelle. Rapport

Einreichungsdatum 02.10.02

Date de dépôt 02.10.02

Ständerat/Conseil des Etats 17.03.03

Präsident (Frick Bruno, zweiter Vizepräsident): Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Lauri Hans (V, BE): Wir haben die Diskussion zu diesem Postulat indirekt an sich mindestens zum Teil bereits geführt, indem wir es vor etwa ein, zwei Stunden abgelehnt haben, Artikel 11 des StHG in der Fassung des Bundesrates und des Nationalrates zu verabschieden.

Dieses Postulat ermöglicht es uns nun, etwa im Jahre 2005 auf objektiven, von Vertretungen des Bundes und der Kantone ausgearbeiteten Unterlagen substanziell über die Individualbesteuerung zu diskutieren. Ich danke dem Bundes-

rat, dass er bereit ist, das Postulat anzunehmen, und auch dafür, dass offenbar diese Arbeitsgruppe – wie wir gehört haben – bereits gegründet ist und die Arbeit demnächst aufnehmen kann.

Überwiesen – Transmis

02.3717

Postulat Gentil Pierre-Alain. Verwendung freier Software in der Bundesverwaltung

Postulat Gentil Pierre-Alain. Utilisation de logiciels libres par l'administration fédérale

Einreichungsdatum 11.12.02

Date de dépôt 11.12.02

Ständerat/Conseil des Etats 17.03.03

Präsident (Frick Bruno, zweiter Vizepräsident): Der Bundesrat beantragt, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Gentil Pierre-Alain (S, JU): Je suis extrêmement déçu de la réponse du Conseil fédéral, je n'accepte pas le classement du postulat et j'aimerais brièvement vous en donner les raisons.

Je suis déçu par la réponse du Conseil fédéral parce qu'il répond à côté de la question posée, parce qu'il empoigne un problème important par le petit bout de la lorgnette, parce qu'il se situe en retrait d'un mouvement général des pouvoirs publics en Europe et, enfin, parce qu'il propose de classer une intervention sans l'avoir véritablement approfondie.

Sans vouloir entrer dans trop de détails, je crois utile de rappeler la différence qu'il y a entre les logiciels pour informatique de type «propriétaire» – notamment ceux que j'incrimine dans mon postulat, ceux de Microsoft dont la rédaction est un secret commercial, dont les lignes de source ne sont pas rendues publiques – et ce qu'on appelle en français les logiciels «libres» qui sont, eux, publics et dont les sources sont accessibles à chacun.

La raison de mon postulat est d'inciter la Confédération à produire une réflexion et à prendre ses distances vis-à-vis de l'entreprise Microsoft. Pourquoi prendre ses distances? Parce que, comme vous le savez certainement, Microsoft a un quasi-monopole sur le système d'exploitation des ordinateurs, un petit peu comme si 95 pour cent des constructeurs de voitures devaient se fournir auprès du même motoriste, si 95 pour cent des automobiles devaient obligatoirement fonctionner avec le même moteur.

Ce monopole de Microsoft pose quelques questions sérieuses. Tout d'abord, cette entreprise a subi ces dernières années d'innombrables procédures judiciaires aux Etats-Unis ou en Europe pour abus de position dominante. Elle a comme système commercial la mise à jour systématique de versions nouvelles qui coûtent aux utilisateurs, sans que le besoin de ces mises à jour soit vraiment démontré. Selon le directeur de la Conférence suisse sur l'informatique, qui regroupe la Confédération, les cantons et les communes, depuis 2004, les mises à jour envisagées par Microsoft renchériront de 30 à 40 pour cent les coûts de l'exploitation informatique. Je passe sur toute une série d'inconvénients des systèmes Microsoft qui visent véritablement à rendre l'utilisateur captif, y compris bien entendu les grandes administrations qui utilisent ces produits.

Ces choses sont si vraies que les gouvernements allemand, anglais et français ont décidé d'installer des logiciels libres, dont Linux, sur une partie de leurs serveurs. C'est le cas de nombreux pays qui invoquent notamment les problèmes de

l'indépendance nationale pour ne pas devoir dépendre d'un fournisseur américain.

La réponse du Conseil fédéral est tout à fait décevante parce que, au lieu de répondre clairement sur la position de l'administration vis-à-vis de Microsoft, que je cite nommément dans mon texte, on me répond que la Confédération est attachée à l'existence de «nombreux petits et moyens fabricants de logiciels». Il va de soi que mon postulat ne concerne pas ces petits et moyens fabricants de logiciels, qui, soit dit en passant, s'approvisionnent souvent eux aussi auprès des fournisseurs de logiciels libres tant la redevance à payer à Microsoft est lourde lorsqu'on veut employer tout ou partie de ses produits. Donc, le Conseil fédéral répond à côté de la question que j'ai posée. Je ne lui ai pas demandé ce qu'il pensait des petits fournisseurs d'informatique, je lui ai demandé ce qu'il pensait du monopole de Microsoft. Visiblement, il n'en pense rien ou pas grand-chose.

Cette attitude est tout à fait bizarre, parce qu'il y a une question d'indépendance du fonctionnement de l'administration qui, de mon point de vue, n'est pas sérieusement examinée et il y a une position de retrait évident de la part de la Confédération par rapport à d'autres pays, notamment européens, qui ont une réflexion plus large.

On a l'impression que la Confédération a le même raisonnement que celui qu'on prêtait aux ingénieurs en informatique débutants dans les années septante ou quatre-vingt. On disait à cette époque qu'un ingénieur n'avait jamais été mis à la porte parce qu'il avait acheté des produits IBM, tant la réputation d'IBM était faite et tant on pensait que cette entreprise proposait des solutions sûres. Alors, aujourd'hui, on a l'impression que le Conseil fédéral et son administration n'ont absolument aucun esprit critique vis-à-vis de l'empire Microsoft. Ce manque d'esprit critique est tout à fait gênant et il m'inquiète, s'agissant du rôle de la Confédération en tant que pilote dans les utilisations informatiques des pouvoirs publics en Suisse. Comment voulez-vous que les cantons et les communes mêmes se distancient de ce monopole de Microsoft et de son coût onéreux s'il n'y a pas un rôle pilote de la Confédération?

Je continue à souhaiter qu'une analyse précise soit faite de la possibilité de se distancer de l'utilisation de ce produit monopolistique. Je souhaite que cette évaluation soit rendue publique et non pas qu'on nous dise, par le biais d'une intervention, que l'administration y travaille et que tout va bien. C'est un problème sérieux de dépendance informatique et je suis tout à fait navré que le Conseil fédéral ne le comprenne pas ainsi.

Quant à moi, je refuse de considérer qu'on peut classer mon postulat parce qu'il est réalisé. L'étude approfondie et rendue publique que je demande n'a pas été faite, ou du moins n'a pas été portée à la connaissance, ni du public, ni du Parlement.

C'est ce que je demande et je maintiens le postulat.

Villiger Kaspar, Bundesrat: Es enttäuscht mich, dass Herr Gentil enttäuscht ist. Ich glaube, dass der Vorwurf, die Bundesverwaltung nehme dieses Anliegen nicht ernst, unberechtigt ist. Umgekehrt glauben wir aber, dass das Malaise gegenüber einem grossen Hersteller allein nicht genügt, um die ganze Frage zu beurteilen. Ich sage gerne ein paar Worte dazu, vor allem auch deshalb, weil die Bundesverwaltung oder die entsprechenden Organe im Moment auch daran sind, eine eigentliche Open-Source-Strategie zu entwickeln. Wir verdrängen das Problem also überhaupt nicht. Das Problem, wie es Herr Gentil schildert, existiert.

Was sind unsere Kriterien für die Auswahl von Software? Wir sind uns dessen bewusst, dass Informatik und Telekommunikationstechnik jene Instrumente sind, die die Erledigung der vielfältigen Kernaufgaben beim heutigen Personalbestand – auch wenn es sein mag, dass dieser als gross empfunden wird – überhaupt noch ermöglichen. Wir wollen diese Aufgaben ja auch wirtschaftlich erledigen. Das sind die Kriterien für den Einsatz der Systeme und auch der Software. Wir müssen vom benötigten Funktionsumfang ausgehen,